

**Rede von**

**Dr. Christos Pantazis MdL**

zu Tagesordnungspunkt 12

**Antrag der CDU: „Prävention statt Verharmlosung  
des Cannabiskonsums“**

während der Plenarsitzung vom 22.01.2014  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In der Koalitionsvereinbarung „Zusammenhalt und Erneuerung“ hat sich Rot-Grün eine rationale Drogenpolitik in Niedersachsen zum Ziel gesetzt. Diese sachorientierte Politik will die Bekämpfung von Drogenmissbrauch und Sucht neu und vor allem breiter ausrichten. Das Netz der Drogen- und Suchtberatung soll gestärkt und ein weiterer Schwerpunkt bei stoffgebundenen Suchtformen wie der Online- und der Spielsucht insbesondere bei Jugendlichen besetzt werden.

Und dieses Ziel findet in der vorliegenden Beschlussvorlage des Sozial- und Gesundheitsausschusses seinen Niederschlag!

Denn nach der im April letzten Jahres hitzig geführten Debatte um eine vermeintliche Verharmlosung des Cannabiskonsums und der unwürdigen Reduktion der drogenpolitischen Kontroverse auf eine Grammzahl – die sicherlich einer „Politik der inszenierten Empörung“ folgte – konnte nach Überweisung an den federführenden Ausschuss dort endlich eine breite Expertenanhörung erfolgen, die – wie ich finde – nicht nur sehr aufschlussreich war, sondern ferner zu einer deutlichen Versachlichung der Thematik geführt hat.

So wurde in dieser unmissverständlich klar, dass Cannabis keine harmlose Substanz ist und wesentliche gesundheitliche und soziale Risiken in sich birgt – keine Frage! Aber nicht nur Cannabis – das gilt genauso für Substanzen wie Heroin, Amphetamine, Kokain sowie synthetische Drogen – aber auch und genauso – für legale Drogen wie Alkohol und Nikotin!

Klar ist aber auch, „Cannabis ist in der Gesellschaft angekommen“ und die Aufklärung über Gefahren und Risiken des Cannabiskonsums gestalten sich sehr schwierig. So sehen wir uns mit einer Ausgangssituation konfrontiert, dass in der Altersgruppe der 15 bis 19-jährigen circa 30% den riskanten Konsum von psychoaktiven Substanzen wie zum Beispiel Alkohol und Cannabisprodukten praktizieren. Und die niedersächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren hat 2011 – laut Statistik – lediglich 3% der Schüler dieser Altersgruppe mit Präventionsmaßnahmen erreichen können.

Unterschiedliche Untersuchungen kommen daher zu demselben Ergebnis: Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen schaffen es nicht, das Angebot zu beschränken

oder den Konsum zu regeln. Sie beeinflussen den Drogenkonsum letztendlich weniger als Moden oder Bedürfnisse.

Prävention tut also Not!

Die Expertenanhörung hat aber nicht nur das erbracht!

Die Gesellschaft sieht sich aktuell mit einer stetig zunehmenden Häufigkeit von „neuen“ Süchten wie zum Beispiel Spiel- und Mediensucht konfrontiert. Vor dem Hintergrund, dass Kinder und Jugendliche zunehmend von Süchten aller Art betroffen sind, erscheint es auch hier notwendig möglichst frühzeitig mit Präventions- & Gesundheitsförderungsmaßnahmen einzuschreiten.

Wir brauchen daher eine ganzheitlich ausgerichtete Suchtpräventionsstrategie, die sich nicht in einer unsachlich geführten Debatte über Eigenverbrauchsgrenzen von Cannabis oder ihrer vermeintlichen Verharmlosung erschöpfen kann. Solch eine geführte Debatte ist verkürzt, von Grund auf falsch und sogar schädlich!

Als Politiker aber gerade als Arzt freut es mich außerordentlich, dass als Ergebnis dieser Anhörung uns jetzt diese sachorientierte, ja rationale Beschlussempfehlung vorliegt.

Denn diese greift wesentliche Punkte, die sich bei der Expertenanhörung herauskristallisiert haben, auf! Im Ergebnis fordert sie die Landesregierung in einem 11-Punkte-Paket auf, die in den vergangenen Jahren inhaltlich nicht weiter entwickelte Präventionsarbeit und Suchtpolitik in Niedersachsen insbesondere für Kinder und Jugendliche zu verändern und an die gesellschaftlichen Realitäten endlich anzupassen!

Der darin enthaltene Forderungskatalog stellt fest: Wir brauchen ein neues Konzept zur Bekämpfung von Drogenmissbrauch und Suchtprävention in Niedersachsen, um auf die neuen Entwicklungen des Suchtverhaltens Jugendlicher im digitalen Zeitalter intensiver reagieren zu können.

Aus diesem Grund ergeht ja auch die Forderung einen Lehrstuhl für Kinder und Jugendpsychiatrie einzurichten und diese weiterzuentwickeln, um hier lange Wartezeiten und Versorgungslücken abzubauen. Geprüft soll darüber hinaus der Ausbau der vorhandenen Suchtpräventionsfachkraftstellen als auch die Einrichtung einer weiteren Anlaufstelle für suchtgefährdete und suchtkranke Kinder und Jugendliche.

Aber auch die weitere Qualifizierung von Schulsozialarbeitern zum Thema Sucht und Suchtprävention oder eine mögliche Anpassung von Curricula an allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen in Niedersachsen, um möglichst viele Jugendliche direkt vor Ort – an den Schulen – zu erreichen stellt einen Themenschwerpunkt dar, dem wir uns stellen werden und müssen!

Was die Bundesebene betrifft, bleibt unbestritten, dass wir eine nationale Sucht- und Drogenpräventionsstrategie mit besonderem Augenmerk auf die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen brauchen. Und – in diesem Zusammenhang – gerade unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit und zur Entkriminalisierung eine bundeseinheitliche Eigenbedarfsgrenze für den Besitz geringer Mengen von Cannabis!

Und nun zu Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition. Trotz dieser hier von mir skizzierten Erkenntnisse, die allesamt in dieser Beschlussempfehlung Eingang gefunden haben, verweigern sie sich weiterhin einer Zustimmung – und nicht nur das! Sie legen hier dieses schlecht gemachte Plagiat vor!

Und was sich darin findet, verschlägt einem fast die Sprache! Kein Wort von der zentralen Forderung eines Lehrstuhls für Kinder und Jugendpsychiatrie, sondern wieder das ewige Herumreiten auf der Eigenbedarfsgrenze in Gramm für Cannabis.

Mal ne ernsthafte Frage: Wozu haben wir eigentlich diese Expertenanhörung gemacht?! Damit wir wieder da ankommen, wo wir uns im April letzten Jahres bereits befunden haben?! Ich dachte wir wären weiter. Oder wollen Sie nicht hinzulernen?!

Ich bitte Sie daher eindringlich, verlassen Sie den alten Pfad der „Politik der inszenierten Empörung“, verharren Sie nicht auf dem Diskussionsstand vom April des letzten Jahres und verfolgen Sie mit uns gemeinsam – auch und gerade in Anbetracht der Expertenanhörung im Sozialausschuss – den Weg einer evidenzbasierten Drogenpolitik auf Landesebene, um süchtigen Menschen zu helfen, effektiven Gesundheits- und Jugendschutz zu gewährleisten und nicht länger zu kriminalisieren!

Kurz zusammengefasst: Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken und besser machen – die Betroffenen in unserem Lande haben es wirklich verdient!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!